

**Polen und der Sicherheitspakt.**

Warschau, 10. Juni. Zur bevorstehenden Völkervereinigung schreibt die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“, daß die allgemeine Lage für den Garantiepakt ausgesprochen kritisch sei, freilich in ganz anderer Weise, als im März. Der lähmende Westwind gegenüber Polen habe sich bis vor kurzem nicht abgeschwächt, wie die Stimmung des Tribunals im Haag und der Ausschlag englischer Kapitalisten nach Polen beweise. Nach Ueberwindung der allierten Entwaffnungsnote wächst jedoch der Einfluß der Deutschen auf die Verhandlungen und auf der anderen Seite kann vom Text der in Wirklichkeit schon ausgearbeiteten und zwischen London und Paris übereinstimmenden Garantiepaktnote viel abhängen. Die Danziger Deutschen streben eine neue Konjunktur zur Schaffung eines Bundes auf die Meinung des Völkerverbundes an. In dieser belakaten Situation sind wir verpflichtet, außerordentlich vorsichtig vorzugehen.

**Die Bogelscheuche: „Ein Volk in Waffen.“**

Stockholm, 9. Juni. „Svenska Dagbladet“ findet in ihrem Leitartikel über die Entwaffnungsnote, daß nicht die Unvereinbarkeit des Versailler Vertrages mit der Verleumdung Europas deutlicher zeige, als dieses Dokument. Die feierliche Einleitung erinnere an den Bruch der feierlich beschworenen Kriegsziele der Alliierten und ihrer Verpflichtungen beim Waffenstillstand. Denn nicht die Prüfung des Kontrollberichts, sondern die Schwierigkeiten einer Einigung über die gegen Deutschland zu erhebenden Kontrollen hätten fünf Monate geostet. Vergleichen mit Herrichts Beschuldigungen vom Januar nähme sich das vorliegende Material bedeutungslos aus. In dem lebhaftesten Gefühl, daß die einzelnen Anklagepunkte wenig Eindruck hervorrufen könnten, habe man die Zuflucht zu der Bogelscheuche eines „Volkes in Waffen“ genommen.

**Keine deutschen Waffentransporte nach Marokko.**

Hamburg, 10. Juni. Die Pariser Zeitung „Journal“ veröffentlichte am 8. Juni ein Telegramm aus London, worin behauptet wird, daß der 3000-Tonnen-Dampfer „Margarethe“ den Hamburger Strandhafen mit einer Waffenladung für die Militärflotte verlassen habe. Es befinden sich an Bord Maschinengewehre, Fliegerabwehrkanonen, Flugzeugteile, Munition und auch Geschütze eines neuen Typs, die anscheinend zur Bewaffnung von Flugzeugen bestimmt seien. Wie die Staatliche Pressestelle dazu mitteilt, haben die in Hamburg angefertigten Nachforschungen ergeben, daß ein 3000-Tonnen-Dampfer „Margarethe“ von Hamburg am 8. 6. nicht abgegangen ist und daß kein den Namen Margarethe oder eine ähnliche Bezeichnung tragender Hamburger Dampfer für eine solche Waffenladung in Frage kommt. Am 6. 6. hat ein am Schuppen 21 gegenüber dem Strandhafen gelegener Dampfer „Margarethe“ mit einer Stückgutladung nach Memel den Hamburger Hafen verlassen. Für eine Marokkofahrt kommt dieses Schiff nicht in Frage, da es nur eine Tonnage von 369 Tonnen besitzt. Ferner ist ein Dampfer „Margareta“ am 6. 6. von Hamburg mit einer Stückgutladung nach Schweden gegangen, der am 13. oder 14. d. M. wieder in Hamburg erwartet wird. Weiter liegt ein Dampfer „Margarete“ seit dem 7. 6. auf der Deutschen Werft. Außer den oben erwähnten drei Dampfern hat ein Schiff ähnlichen Namens in den letzten Wochen im Hamburger Hafen nicht gelegen. Es darf ferner darauf hingewiesen werden, daß im Hamburger Hafen mit besonderer Sorgfalt auf Waffentransporte geachtet wird, daß aber im Auslande immer wieder die Behauptung auftaucht, es gingen von Hamburg aus Waffensendungen in andere Länder. Durch solche unrichtige Nachrichten versucht man für Deutschland ungünstige Wirkungen in der öffentlichen Meinungsbildung anderer Länder zu erzielen. Es ist anzunehmen, daß obige Nachricht des „Journal“ in der gleichen Absicht in die Welt gesetzt worden ist.

**Painlevé fliegt nach Marokko.**

Paris, 10. Juni. Nach einer Meldung aus Barcelona ist das Flugzeug mit dem Ministerpräsidenten Painlevé, der sich nach Marokko begibt, um 8 Uhr 25 Minuten auf dem Flugplatz Prat bei Barcelona gelandet. Kurz darauf kamen die drei anderen Apparate ebenfalls an. Der Ministerpräsident und seine Begleiter wurden von zahlreichen Persönlichkeiten der Stadt Barcelona und von Vertretern der dortigen Zeitungen empfangen. Painlevé mußte vor den letzteren seine Erklärungen über den Zweck seiner Reise wiederholen, die er bereits in Paris abgegeben hatte. Um 9 Uhr erfolgte der Weiterflug nach Alicante. Das Gespanne wurde um zehneinhalb Uhr kanalisiert und landete 11 Uhr 15 Minuten auf dem Flugplatz von Alicante.

London, 10. Juni. Die Ereignisse auf dem marokkanischen Kriegsschauplatz sind bis jetzt fast ausschließlich aus europäischen Quellen bekannt geworden. Es ist deshalb interessant, einmal auch die Ansicht der Anhänger Abdel-Rehims zu hören. Durch Zufall kam man in den Besitz eines solchen Communiqués aus dem Hauptlager der Rifstabilen. Hierin wird zunächst noch Protest gegen die Verletzung der neutralen Zone durch Frankreich erhoben, die von den Rifis trotz schwerster Herausforderung immer respektiert worden sei. Sodann wendet sich das Communiqué dagegen, daß das rote Kreuz am Arbeiten verhindert werde. Dies stelle einen barbarischen Akt dar, als er von irgendeinem einzelnen Rifkämpfer begangen worden sei. Die Moral der Truppen sei ausgezeichnet und ebenso gut wie am Tage der Eröffnung der Feindseligkeiten. Weiter zurückweisend meldet das Communiqué vom 15. Mai, daß die Rifis in den letzten Kämpfen über 50 französische Soldaten eingenommen, 12 Geschütze, 20 Maschinengewehre und große Lager Bomben, Munition, Granaten und 500 Gewehre erbeutet hätten.

**Französische Niederlage in Marokko.**

Paris, 10. Juni. Nach dem in Fez heute ausgegebenen offiziellen Bulletin sind auf der Westfront südlich von Soutkos viele Einbrüche erfolgt, die sich weiter nach Norden ausdehnen. Im mittleren Frontabschnitt wurde ein Angriff des Feindes zurückgewiesen. Im Osten ist die Lage stationär.

Die Agence Havas meldet aus Casablanca: Die Polizei legt die Nachforschungen über die kommunistischen Umtriebe in Marokko fort. Gestern abend wurden bei drei der kommunistischen Partei angehörenden Personen Hausdurchsuchungen vorgenommen, welche Ergebnisse zeitigten und zur Aufdeckung der Namen weiterer in die Angelegenheit verwickelter Personen geführt haben.

**Die französische Antwortnote.**

Paris, 10. Juni. Der Genfer Vertreter der Agentur Havas will in der Lage sein, über die französische Antwortnote in der Frage des Sicherheitspaktes neue Angaben allgemeiner Art machen zu können. Die Note werde daran erinnern, daß Deutschland seinerzeit an Frankreich mit einem festen Vorschlag des Abschlusses eines Sicherheitspaktes herantreten sei. Die französische Note, die von Großbritannien gebilligt werde, werde nur zum Ziele haben, ergänzende Aufschlüsse zu erhalten, die das aufmerksame Studium des deutschen Memorandums notwendig mache. Beunruhigend sei, daß das deutsche Memorandum über verschiedene Fragen mit Stillhalten hinweggehe. So erwähne es den Völkerverbund nicht, dem Frankreich und seine Alliierten angehören und dessen Verpflichtungen sie übernommen hätten. Es sei notwendig, bevor man sich weiter in Verhandlungen über den Pakt einlasse, zu wissen, ob Deutschland geneigt sei, durch seinen Beitritt zum Völkerverbund zu den Bedingungen, wie sie in dem Schreiben des Völkerverbundes vom vergangenen Herbst ausgeführt seien, dieselben Verpflichtungen zu übernehmen. Es sei ferner notwendig, schon jetzt festzustellen, daß der Abschluß eines Sicherheitspaktes mit Deutschland eine Erörterung der im Versailler Vertrage enthaltenen Rechte und Pflichten nach sich ziehen müsse. Da die deutsche Regierung sich erboten habe, mit den Westmächten Schiedsgerichtsverträge abzuschließen, erkenne Frankreich an, daß diese Verträge eine natürliche Ergänzung zu einem Rheinlandpakt darstellen würden. Aber es verlange ausdrücklich, daß diese Verträge sich auf alle Konflikte bezögen und eine Intervention für den Fall zuließen, daß eine solche gemäß dem Friedensvertrag nach einer Verletzung desselben ausgeübt werden müsse. Um diesen Schiedsgerichtsverträgen ihren vollen Wert zu geben, müssen die am Rheinlandpakt teilnehmenden Mächte den Schiedsgerichtsverträgen eine zusätzliche und individuelle Garantie hinzufügen. Für den Fall, daß ein vertragschließender Teil, ohne zu feindseligen Handlungen Lust hat zu nehmen, seine Verpflichtungen nicht erfüllen könnte, müßte der Völkerverbund die Maßnahme vorschlagen, die zu ergreifen wären, um dem Vertrag seine Bestung zu verschaffen. Die deutsche Regierung hat sich in ihrem Memorandum erboten, auch Schiedsgerichtsverträge mit allen Staaten abzuschließen, die sich hierzu bereitfinden, also auch, wenn man richtig verstanden hat, insbesondere mit Polen und der Tschechoslowakei. Frankreich nimmt Kenntnis von dieser Erklärung, aber es bemerkt, und zwar mit Billigung von Großbritannien, daß die Alliierten aus Verträgen Rechte herleiten, auf die sie nicht verzichten könnten und auch Verpflichtungen, von denen sie sich nicht lösen könnten. Die ins Auge gefaßten Verträge dürften diesen Verpflichtungen keinen Abbruch tun. Wenn Deutschland mit seinen Nachbarverträgen dieser Art abschließen könnte, könnte jeder der Signatarstaaten des Versailler Vertrages, wenn er es wünscht, als Garant hierfür beitreten. Dieses System der allgemeinen Sicherheitsgarantie hätte nur dann Wert, wenn alle ins Auge gefaßten Abkommen, also der Rheinlandpakt und die Schiedsgerichtsverträge zu gleicher Zeit in Kraft treten würden. Diese dem Geiste des Völkerverbundes entsprechenden Verträge würden vom Völkerverbund registriert und unter seinen Schutz gestellt werden. Außerdem könnte jeder, der es will, daran teilnehmen. Sollten sich die Vereinigten Staaten eines Tages anschließen, so würde Frankreich es mit Freuden begrüßen, wenn die große amerikanische Nation an einem Werke des allgemeinen Friedens teilnehmen würde.

**Die Minderheitsfrage vor dem Völkerverbund.**

Genf, 10. Juni. Der Rat behandelte heute in zweiter öffentlicher Sitzung verschiedene Minderheitenfragen. Bezüglich der polnischen Minderheiten in Litauen wurde nach langer Darlegung der beiden Parteien Litauen aufgefordert, weitere Angaben über die Sprachfrage vorzulegen, in den Schulen und Kirchen, sowie über die Agrarreform zu machen. Hinsichtlich der bulgarischen Minderheiten in Griechenland wurde festgestellt, daß Griechenland seinen Verpflichtungen aus dem Minderheitenvertrag nachkomme. Scialoja-Fraiken berichtete über die von der preussischen und der bairischen Regierung der Regierungskommission des Saargebietes überreichten zahlreichen und umfangreichen Dokumente, die die Volksabstimmung im Saargebiet im Jahre 1935 betreffen. Der Rat beschloß, durch den früheren schweizerischen Bundeskanzler Benzou, der bereits vor Jahren das entsprechende Archiv der Regierungskommission des Saargebietes angelegt hat, sie sichten und zusammenstellen zu lassen und dem Rat einen Bericht darüber vorzulegen, in welcher Weise für die Aufrechterhaltung dieser Dokumente bei den Ortsbehörden Vorsorge getroffen werden soll.

**Jahrtausendfeier der Rheinprovinz.**

Düsseldorf, 10. Juni. Der amtliche Festakt der Jahrtausendfeier der Rheinprovinz in Düsseldorf am 18. Juni vormittags wird sich zu einer bedeutungsvollen Kundgebung gestalten. Bis jetzt haben ihre Teilnahme zugesagt Reichstanzler Dr. Lütger, die Reichsminister Dr. Brauns und Dr. Frenken, der preussische Ministerpräsident Braun, die Minister Hirtfelder, Stolger, Dr. Beder und Dr. Hoepfer-Wolff, Generalreichskommissar Schmid, die Staatspräsidenten und Vorsitzenden der Staatsministerien der meisten deutschen Länder, die Präsidenten des Deutschen Reichstages, des Preussischen Landtages, des preussischen Staatsrates und des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, einer Abordnung von 28 Abgeordnete des Reichstages, des Landtags und des Staatsrates aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, sämtliche Oberpräsidenten und Landeshauptleute der preussischen Provinzen, der westfälische Provinzialausschuß, die Spitzen sämtlicher Reichs-, Staats-, Kommunal- sowie Kirchenbehörden, die Mitglieder des rheinischen Provinziallandtages, die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände Deutschlands, die Rektoren der rheinischen Universitäten und Hochschulen, die Vorsitzenden der rheinischen Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern und die Vertreter der Gewerkschaften. Beim Festakt werden sprechen der Vorsitzende des Provinziallandtages, Oberbürgermeister Dr. Jarros, Reichstanzler Dr. Lütger, der preussische Ministerpräsident Braun und der Landeshauptmann Horion.

**Jahrtausendfeier in Bulgarien.**

Sofia, 10. Juni. Die bulgarische Regierung beschloß, die Gründung des bulgarischen Königreiches vor 1000 Jahren unter dem ersten bulgarischen König Simeon dem Großen und die gleichzeitige Einigung aller bulgarischen Gebiete einschließlich Thrazien, Mazedonien und der Dobrudscha unter dessen Szepter sowie die 50jährige Befreiung von der türkischen Herrschaft festlich zu begehen. Es werden große Festveranstaltungen und Ausstellungen stattfinden. Alle fremden Regierungen werden von der bulgarischen Regierung eingeladen werden.

**Der Danziger Briefkastenstreit.**

**Polnische Unerschämtheit.**

Genf, 10. Juni. Ueber den Stand der Danziger Frage, die am Donnerstag vom Rat behandelt wird, verlautet, daß zur Feststellung der Grenzlinien des Danziger Hafens, wie sie in dem Gutachten des internationalen Schiedsgerichtshofs zum Briefkastenkonflikt zwischen Danzig und Polen gefordert werden, eine dreigliedrige Kommission ernannt werden soll, die unter Vorsitz des früheren Leiters des Danziger Hafenausschusses, des schweizerischen Oberst Rehnier, ihre Arbeiten sofort aufnehmen wird.

Wie soeben aus Genf verlautet, hat die polnische Regierung bezüglich der Abgrenzung des Danziger Hafens für den polnischen Vordienst beantragt, daß die ganze Stadt Danzig postalisch als Hafen gelten soll, weil Hafenstadt und Hafen in wirtschaftlichen Dingen identisch seien.

Angesichts der Forderung Polens, daß im Briefkastenkonflikt das ganze Gebiet der Stadt Danzig als Hafengebiet erklärt werden soll, hat die Danziger Delegation dem Völkerverbund eine Denkschrift überreicht, in der diese Forderung unter eingehender Darlegung der Rechtslage entschieden zurückgewiesen wird. Die Denkschrift betont, daß, wie beispielsweise bei der Verteilung der Zuständigkeiten über die Danziger Eisenbahn, auch beim Postamt entsprechend dem Friedensvertrag eine strenge Scheidung zwischen dem Gebiet der freien Stadt Danzig, zwischen dem Gebiet der Stadtgemeinde Danzig und dem Hafengebiet erfolgen muß.

**Arbeitsplan des Reichstages.**

Der Reichstanzler des Reichstages setzte in seiner Mittwochsitzung den Arbeitsplan an das Plenum für die Zeit vom Freitag, den 12. Juni bis zum Sonnabend, den 18. Juli fest. In dieser Zeit sollen erörtert werden: die Haushalte, die Steuerverordnungen, die Auswertungsforderung, die englischen und amerikanischen Handelsverträge, die Zolltarife und eine Reihe sozialpolitischer Vorlagen. In der Zeit bis zum 18. Juli soll auch die große außenpolitische Debatte stattfinden; ein bestimmter Termin hierfür konnte jedoch noch nicht in Aussicht genommen werden. Am 30. Juni, sowie am 1. Juli soll eine Pause stattfinden. Die großen Sommerferien sollen am 18. Juli stattfinden.

**Proklamation des Generalstreiks in China.**

Nach einer Blättermeldung aus Putschau (China) haben dort die Studenten eine Kundgebung veranstaltet, in deren Verlauf der Generalstreik erklärt wurde.

Peking, 10. Juni. Heute zogen mehrere tausend Studenten vor das Auswärtige Amt. Eine Abordnung verlangte u. a. die Entsendung russischer Truppen nach Schanghai, um das Fremdenviertel zu besetzen. Da die Antwort des Ministers des Reichens die Menge nicht befriedigte, zertrümmerte sie das Mobiliar, Spiegel und Fenstercheiben.

**Kleine Meldungen.**

London, 10. Juni. In der Nähe von York raunte ein mit 30 Ausflüglern besetzter Autobus gegen ein Bräutigamspaar und stürzte in die Tiefe. 7 Personen kamen dabei ums Leben, viele wurden verletzt.